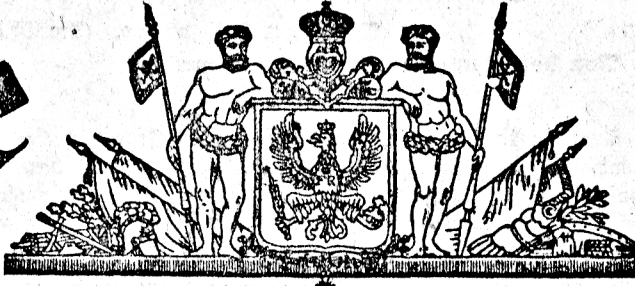


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Wossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Englands Mannschaftsnot.

Große Debatte im Unterhaus.

os Rotterdam, 2. Juli.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Im Unterhaus gab Brothero eine Erklärung über die Einberufung von Feldarbeitern zum Militärdienst ab. Abg. Koch erklärte, daß er eine Anmenge Briefe aus allen Teilen des Landes von den Bauern erhalten habe, die ganz ungeheuerliche Berichte über die Zustände enthalten, die entstehen könnten, wenn die Regierung mit der Einberufung von Landarbeitern vorgehe, wie bisher.

Brothero antwortete, daß der wahre Grund für die Handlungsweise der Regierung in der alle überraschenden Not an Mannschaften für das Heer liege. Er setzte auseinander, daß jeder Mann, der irgendwie verwendungsfähig sei, aufgehoben werden müsse, und daß alle nötig seien, wenn man nicht zu spät kommen wolle. Die Leute könnten dann gut im Dezember in die Gesechtslinie gestellt werden, und das werde der kritische Augenblick sein.

Bei diesem Punkte griff Bonar Law mit einer kurzen Rede in die Debatte ein und sagte: Es sei die erste Pflicht der Regierung, solche Maßnahmen zu treffen, daß England in diesem Feldzuge keine Niederlage erleide. Was die Einübung der Mannschaften angehe, so setzte er auseinander, daß alle Mannschaften in England drei Monate einüben werden, oder im Falle äußerster Notwendigkeit zehn Wochen, und daß eine zweite Übung von einem Monat in Frankreich folge.

Die Murmanküste.

Im Verlauf der Debatte fragte King, ob die Regierung wisse, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch die russische Sowjetregierung der Schaffung einer finnischen Regierung mit deutschfeindlichen Gefühle galt, und daß eine Strede der Murmanküste von Rußland abgegeben wurde, um einer befreundeten deutschfeindlichen Macht einen Ausweg nach der See zu schaffen.

Welter fragte King, ob die englische Regierung wisse, daß der Sowjet sich weigere, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen, nachdem die Sowjetregierung aus Finnland mit Hilfe deutscher Truppen vertrieben wurde, und daß sie gegen die Lätigkeit, den die deutschen U-Boote mit Hilfe der Finnen an der Murmanküste ausüben, bei der deutschen Regierung protestierte.

Lord Robert Cecil antwortete, der erste Teil der Anfrage entspreche ungefähre den Tatsachen. Falls die Sowjets zur Verteidigung russischen Gebiets Hilfe zur See oder zu anderem verlangen sollten, so würde dies wohlwollend geprüft werden. Mehr, meinte Lord Robert Cecil, könne er jetzt nicht sagen.

Auf eine andere Frage antwortete Bonar Law: Wir haben Grund, anzunehmen, daß einige Schiffe der russischen Schwarzmeer-Flotte durch russische Unterseeboote vernichtet wurden, damit sie nicht in die Hände der Deutschen fallen. Aber trotzdem ist es eine unglückliche Tatsache, daß der größte Teil der Schwarzmeer-Flotte in die Hände der Deutschen gefallen ist.

Wedgewood forderte eine zielbewusste Politik gegenüber Rußland. Er erklärte, daß die Volkswirtschaft nicht wirklich deutschfreundlich seien, obwohl sich viele von ihnen von Deutschland haben bestechen lassen. Man müsse bedenken, daß die Russen einwarges Volk seien mit einer gewissen Neigung zur Bestechlichkeit. (Der right honourable spricht wohl auf die Lätigkeit seines Wortstatters Buchanan an? Die Red.) Die beste Lösung wäre, ein Komitee zu ernennen, an dessen Spitze Asquith gestellt

werden sollte, um die Frage der Beziehungen Englands zu Rußland zu regeln.

Ueber diesen Vorschlag machte sich Lloyd George in seiner Antwort lustig, indem er sagte, daß der Vorschlag, das russische Chaos durch ein englisches Komitee ordnen zu lassen, wohl denn doch zu einfach sei.

Als Lloyd George seine bereits verkündeten Äußerungen über die russische Situation mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die einer japanischen Intervention entgegenstehen, schloß, betonte er, daß er sich über diese Schwierigkeiten nicht näher äußern dürfte, und machte eine eindrucksvolle Pause, die in der englischen Presse vielfach kommentiert wird.

Weltfront und Palästinafront.

Lambert hielt folgende Rede: „Die öffentliche Meinung ist erregt, beunruhigt und angewidert. Die Nachrichten aus Italien sind erfreulich, man weiß aber nur zu genau, daß die Deutschen in Frankreich zu einem neuerlichen Sprunge gegen unsere Truppen ansetzen. Es ist von größter Bedeutung, daß bei den letzten Nachwahlen in Clatham 40 v. H. der Wähler gegen die Regierung stimmten. Das ist zum Teil auf das Mißtrauen zurückzuführen, das sich gegen die Tatsache wendet, daß Politiker den Krieg führen und daß unsere Soldaten und Seemänner gezwungen wurden, eine Strategie anzunehmen, die ihrem Urteil widerspricht.“

Als eine Zentralstelle der Exekutive hat der Kriegsstat von Versailles vollständig versagt, wie es im Überlegen von Sir William Robertson vorausgesagt worden war. Mit Recht hat der Generalstab von Anfang dieses Jahres an die Zurückziehung einer Anzahl von Divisionen aus Palästina gefordert, um die westliche Front zu stärken. Sollen wir denn den Fall von Calais und Boulogne wiederholen, nur um Jerusalem und Jericho zu behalten? Ich höre, daß der Premierminister und Lord Curzon den östlichen Expeditionen große Bedeutung beilegen. Wenn es Lord Curzons Wunsch ist, Raub des Ostens zu werden, so möge ihn dort die Regierung sofort zum Kaiserin von Bagdad ernennen und ihn sein Amt unverzüglich antreten lassen.

Jugendtasche stimmt jedenfalls in der Führung des Krieges nicht. Das Kriegskabinett scheint mit allen möglichen Dingen beschäftigt zu sein, nur nicht mit dem Frieden. Wie immer man auch das Preuxentum im Frieden verachten möge, es läßt sich nicht leugnen, daß es im Kriege außerordentlich leistungsfähig ist. Wenn es auf Frieden allein ankäme, so bestände wohl kein Zweifel, daß unser Kriegskabinett Hindenburg und Dudenborff mit Leichtfertigkeit schlagen könnte. Neben sind jedoch kein Erfolg für Strategie.

Cecil gegen Burian.

In derselben Sitzung lenkte der liberale Abg. Mason die Aufmerksamkeit auf die letzten Friedensäußerungen Baron Burians und forderte, daß den Versprechungen Balfours gemäß auf diese letzte österreichisch-ungarische Anregung irgendwie eingegangen werde. Um zu einem Frieden zu gelangen, scheine lediglich eine goldene Brücke nötig zu sein oder ein Bindeglied durch eine neutrale Macht, um die von Baron Burian eröffnete Konversation fortzusetzen.

Lord Robert Cecil antwortete wie gewöhnlich vollständig ablehnend. Am Baron Burian setzte er zweierlei aus: erstens sei Baron Burian von Lizza abhängig, zweitens habe er kürzlich die unerbittbare Einseitigkeit Österreich-Ungarns mit Deutschland verurteilt. Schließlich verlas er eine scharfe österreichische Äußerung, über deren Ursprung er keine näheren Informationen gab, gegen den Friedensvertrag mit Rumänien und leitete daraus die Berechtigung ab, jede Verhandlung mit Deutschland und Österreich-Ungarn abzulehnen, solange die Friedensverträge an der östlichen Front nicht rückgängig gemacht werden.

Die Debatte schloß mit einem ungewöhnlich scharfen Angriff des Abg. Fogge auf Lloyd George, dem er bewußte Verheimlichung wichtiger Tatsachen vorwarf. Die Angabe des Premierministers in der seinerzeitigen Geheimhaltung des Unterhauses stehe in kräftigem Gegensatz zu seinen gegenwärtigen Äußerungen über die militärische Lage. Fogge beklagte sich bitter darüber, daß das System der Verheimlichung von beiden Seiten des Hauses, d. h. von der Regierung sowohl wie von der liberalen Opposition, begünstigt werde.

Lloyd Georges „rechte Hand“.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 2. Juli.

Ein Exchange-Telegramm meldet aus Melbourne: In gut informierten Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß der Premierminister Hughes beabsichtigt, sich nach der Reichstagskonferenz mit Lloyd George zu vereinigen und in Großbritannien eine Wählergruppe bilden wolle, die Hughes als Lloyd Georges „rechte Hand“ in das Parlament bringen solle. Die Nachricht wird in London mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Der „Star“ sagt, das englische Volk habe Hughes nicht nötig. Es sei zu hoffen, daß das Parlament sich jedem Versuch widersetzt, Hughes als rechte Hand Lloyd Georges oder Minors in das Parlament hineinzuschmuggeln.

Die Bevormundung Londons.

Von

Professor Dr. Alfred Maue.

Als in die ersten Kriegsmomente hinein war für das ganze Britische Reich fast alles ausschließlich maßgebend, was man in London anbefahl, beschloß oder wünschte. Sperrte man sich auch gelegentlich in Ottawa oder Wellington gegen irgendeine Anordnung oder Anregung, die von Londoner Ministern ausging, oder widersprach man in Melbourne oder Johannesburg einer vom Londoner Parlament oder Ministerpräsidenten eingeschlagenen politischen Richtung, so zog man doch hieraus keineswegs weitgehende tatsächliche Folgen, sondern blieb durchaus loyal, wenn man genug gegen die Londoner Herren geredet oder geschrieben hatte. Vor Kriegsbeginn gelang es fast stets den politisch viel erfahrenen, in der Kunst der Ueberzeugung oder Verführung viel geübteren Londoner Staatsmännern, die der Dominien auf dem Londoner Standpunkt zu bringen, oder wenigstens ihren Widerstand erheblich zu mildern. Einer der wichtigsten Ursachen hierfür war der Umstand, daß es keine Einrichtung der britischen Verfassung gab, in der die leitenden Männer von Britisch-Uebersee sich nachdrücklich Gehör verschaffen konnten. Wollten sie den offenen Konflikt vermeiden, so mußten sie nachgeben. Ferner waren die Minister in London doch auch allein diejenigen, die über Mittel und Orden zu verfügen hatten, für die Politik aller Länder unentbehrliche und bequeme Hilfsmittel, die auch in den Südpazifik-Demokratien Zugkraft genug besaßen.

In der Entwicklung des Britischen Reiches, das sich aus so weit voneinander entfernt liegenden, durchaus verschiedenen Gebieten zusammensetzt, mußte aber früher oder später geradezu mit Naturnotwendigkeit ein Augenblick eintreten, in dem die Anziehungskraft Londons und die Zentrifugalkraft der großen Uebersee-Dominien sich eben noch die Waage hielten und es sich darum handelte, ob diese oder jene Kraft nachgab. Gerade vor Kriegsausbruch war der Selbstständigkeitsdrang der Dominien vielleicht stärker als je. Eigene Handelsverträge, wie Kanada sie schon lange vorher abgeschlossen hat, wollten damals auch Australien abschließen, und der Besuch des damaligen australischen Oberkommissars in London Sir George Reid in Berlin zeigte, wie sehr es auch der australischen Regierung damals um ein enges und gutes Einvernehmen mit Deutschland zu tun war. Schon waren auch die Anfänge zu einer selbstständigen Vertretung britischer Dominien auf dem Kontinent gemacht. Kanada wie Australien hatten in mehreren europäischen Hauptstädten eigene Handelsvertretungen eingerichtet, dieses hier auch Berater für sonstige Angelegenheiten ernannt. Australien wie Neuseeland hatten den Grundstock zu einer eigenen Flotte gelegt, und der Gedanke, gemeinsam mit Kanada eine ausschließlich zum Schutz der Interessen der britischen Dominien in der Südsee gegen Japan gerichtete starke Flotte zu schaffen, war recht weit gediehen.

Da brach der Krieg aus, — zweifelsohne in einem für die Frage des Zusammenhalts des britischen Reiches äußerst kritischen Moment. Mit einem Schlag wurde nun diesen Sonderbestrebungen der wichtigsten britischen Ueberseebesitzungen durch brutale Rücksichtslosigkeit der Londoner Regierung der Vorrang gemacht; man nahm den Australiern und Neuseeländern die Schiffe, die sie für ihre eigenen Zwecke gegen Japan gebaut hatten, einfach weg, verwandte sie in europäischen Gewässern und beauftragte gerade den Erzfeind Australasiens, den englischen Bundesgenossen Japan, mit dem Schutz jener britischen Dominien. Wer im Frieden den Australiern oder Neuseeländern gefast hätte, japanische Kriegsschiffe kämen einmal, von London gerufen, als ihre Beschützer, nicht aber als ihre Angreifer, wäre ausgelacht oder für einen Narren erklärt worden. In der ersten Zeit des Krieges hat man sich von London aus um die ferneren Dominien überhaupt nicht gekümmert, weil man der Ueberzeugung war, man könne völlig ohne ihre Hilfe schnell zu einem für England günstigen Ende.

Je länger aber der Krieg dauerte, desto mehr sah man in London ein, daß man auf die Hilfe auch der zunächst günstigst unbedachtet gelassenen Bevölkerung der fernsten Kolonien angewiesen sei. Und so setzte eine in der Tat großartige und erfolgreiche Werbetätigkeit ein, deren Hauptziel darin bestand, immer wieder den durchweg recht weisfremden, geographisch wie politisch höchst unausgeklärten Kolonialen einzureden: wenn man Deutschland nicht zerstückeln würde, würden die englischen Kolonien zuerst und am meisten das Opfer der Barbaren werden, die ihnen jede Freiheit nehmen und die Fahne des Militarismus bei ihnen aufhängen würden. Besseres hat ja inzwischen nur England selbst, wenn auch zu keinem Selbstwesen ohne Erfolg, in Australien und Südafrika versucht. Aber um bis zum letzten Ueberseebrüden Kämpfen zu können, mußte man nach Möglichkeit die führenden Uebersee-Staatsmänner zu gewinnen versuchen. Deren Ehrgeiz ging aber durchweg in der Richtung, auch in London eine Rolle spielen zu dürfen. Und um ihnen dies zu ermöglichen, ist man schließlich auf den Gedanken gekommen, einen erweiterten Kriegsstat zu schaffen, zu dessen Mitgliedern die Ministerpräsidenten der Dominien während ihrer Anwesenheit in London berufen wurden. Hier, in diesem obersten politischen Organ des britischen Reiches, haben nun die Vertreter der Dominien nicht nur die Möglichkeit, sondern geradezu die Pflicht, in den wichtigsten Angelegenheiten der Kriegführung wie der Kriegszustellung mitzureden und die Geschicke des britischen Mutterlandes wie aller seinen Ueberseebesitzungen mit zu bestimmen.